

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 08 / 2012

www.spd-nuernberg.de

Aus dem Bundestag / Nürnberg

Fiskalpakt und Kommune

Vereinbarung mit Chancen und Risiken

Seiten 8 und 9

Interview

Gute Wachstumschancen für den Städtetourismus

Interview mit Frau Yvonne Coulin, seit 2010 städtische Verkehrsdirektorin in Nürnberg

Seiten 4 und 5

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

man sieht, es geht auch anders... Bremen führt als erstes Bundesland einen landesweiten Mindestlohn ein. Das ist ein großer politischer Erfolg und ein Ziel, an dem es gilt weiterzuarbeiten, auch in Bayern.

Der Norden macht es vor. Wir fordern als SPD schon sehr lange den Mindestlohn für alle. Da ist das neue Gesetz in Bremen ein wichtiger Schritt und gutes Beispiel im Kampf für gerechte Löhne und gute Arbeit. Wer Vollzeit arbeitet, soll von dieser Arbeit auch leben können und nicht auf zusätzliche staatliche Unterstützung angewiesen sein, das ist auch eine Frage der Menschenwürde.

Bislang scheiterten solche Initiativen stets an der schwarz-gelben Bundesregierung. Diese konnte sich bislang nur zu branchenspezifischen Lösungen durchringen, wie zum Beispiel in der Abfallwirtschaft oder im Pflegebereich. Ich hoffe sehr, dass diese Entscheidung Signalwirkung für möglichst viele Bundesländer hat, natürlich auch für Bayern. Leider ist die Bundesregierung ja nicht in der Lage, sich zu entscheiden, ein bundesweit gültiges Mindestlohngesetz zu verabschieden.

Ich wünsche nun allen Leserinnen und Lesern eine schöne und erholsame Urlaubszeit.

Herzliche Grüße



Christian Vogel

Gute Nachricht für GBW-Mieter

Nürnberg: Druck von Mieterbund und SPD zeigt Wirkung



33.000 Wohnungen der landeseigenen GBW gibt es in Bayern, wie hier in Ziegelstein.

VON DR. CHRISTIAN PRÖBIUSS

Wir Sozialdemokraten begrüßen die 180-Grad-Wende von Ministerpräsident Seehofer beim Schutz der GBW-Mieter sehr. Lange haben wir gekämpft, dass die Staatsregierung ihre ungerechte Blockade aufgibt. Es hat geklappt, wir haben uns durchgesetzt! Die Bayerische Staatsregierung kommt endlich unserer Forderung nach, den Mieterschutz für die 80.000 GBW-Mieter in ganz Bayern einzelvertraglich durch Ergänzung der Mietverträge zu garantieren. Weshalb Seehofer, Söder und andere immer wieder erklärt haben, dass der jetzt eingeschlagene Weg rechtlich gar nicht zulässig sei, bleibt ein Geheimnis. Die drei Jahre Sorgen hätte die Staatsregierung den Mietern ersparen können und müssen. Dieser Erfolg ist aber auch ein Erfolg von Münchens OB Christian Ude: Bereits im Oktober 2009 hatte er in einem Schreiben an Ministerpräsident Seehofer die Übernahme der sozialen Verantwortung des Freistaats gegenüber den Mieterinnen und Mietern verlangt,

einen Verkauf an eine Gesellschaft der öffentlichen Hand angeregt und einen langfristigen Mieterschutz der betroffenen Mieterinnen und Mieter durch entsprechende Vereinbarungen gefordert.

Nun ist das Thema des Mieterschutzes gelöst, nicht jedoch die wohnungspolitische Aufgabe, für ein dauerhaftes Angebot an preiswertem Wohnraum in öffentlicher Hand zu sorgen. Deshalb bleibt die Forderung der BayernSPD aktuell, die staatliche Wohnungsbau-gesellschaft nicht vor dem Ende der Legislaturperiode zu veräußern, sondern dem künftigen Bayerischen Landtag die Chance einer auch wohnungswirtschaftlich befriedigenden Lösung zu erhalten. Dies bekräftigte Ude auch auf seiner Rede zum außerordentlichen Landesparteitag der BayernSPD Mitte Juli in Amberg. Seine Rede kann im Internet unter <http://bayernspd.de/> angesehen werden. Hier gibt es auch weitere Infos zum Landesparteitag mit dem Themenschwerpunkt „Infrastruktur“. ■

Gebersdorf: SPD übergibt Windrad mit 777 Euro

Mandatsträger/innen und Ortsverein spenden für Spielplatz im Stadtteil

■ Bereits Ende 2009 wünschten sich Kinder aus dem Stadtteil Gebersdorf im Rahmen der Kinderversammlung einen Spielplatz. Der Bürgerverein machte daraus Nägel mit Köpfen. Er startete eine Spielplatzinitiative und ging fortan auf Geldersuche, um für den eigens gegründeten Verein Spenden zu sammeln. Auf diese Weise gibt es mithilfe der Aktion „aus 1 mach 3“ der Stadt Nürnberg für jeden gespendeten Euro noch zwei Euro dazu.

Die SPD Gebersdorf/Großreuth beschloss spontan, sich dieser Maßnahme anzuschließen, bat Mandatsträger und Mitglieder des Ortsvereins um Geldspenden, und siehe da – das Ergebnis kann sich sehen lassen. Durch die gemeinsame Spendenaktion der Mandatsträger Martin Burkert (MdB), Stefan Schuster (MdL), Amely Weiß (Bezirksrätin), Katja Strohacker (Stadträtin) sowie Vorstandsmitgliedern des Ortsvereins kann der Ortsverein schließlich stolze 777 € überreichen. Ein buntes Windrad, bestückt mit Geldscheinen, darf der Vorsitzende der Spielplatzinitiative, Jochen Soyk, dann auf dem Gebersdorfer Stadtteiffest entgegennehmen.

Der Beitrag zum neuen Spielplatz, der in einem sozial benachteiligten Gebiet des Stadtteils Gebersdorf liegt, unterstreicht in idealer Weise die politischen Ziele der SPD sowie das Engagement und die kontinuierliche Arbeit vor Ort. ■



vorne sitzend: Stadträtin Katja Strohacker, Jochen Soyk (Vorsitzender Förderverein Spielplatz Gebersdorf); stehend Roman Wenzel (Vorsitzender OV Gebersdorf/Großreuth)

Verleihung der Bürgermedaillen der Stadt Nürnberg 2012

■ In einer Sondersitzung des Ältestenrats des Nürnberger Stadtrats am Stadtgründungstag, den 16. Juli 2012, hat Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly die Bürgermedaille der Stadt Nürnberg an Helmut Bloß, Michael Dürschner, Rosemarie Geier und Karl-Heinz Wolfram verliehen.

Mit der Bürgermedaille der Stadt Nürnberg werden seit 1960 Nürnberger Bürgerinnen und Bürger geehrt, die sich besondere Verdienste um die Stadt Nürnberg erworben haben. Sie ist aus Gold und hat die Form einer Münze. Auf der Vorderseite ist das große Nürnberger Stadtwappen mit der Umschrift „Stadt Nürnberg“ eingepreßt, auf der Rückseite der Name des oder der Geehrten mit den Worten „Für hervorragende Verdienste“. Bislang wurden 195 Personen mit der Bürgermedaille ausgezeichnet. Das Foto zeigt die Preisträger/innen mit den SPD Mitgliedern des Ältestenrates. ■



Jahresbericht des Referats für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg

Zum vierten Mal legt das Referat für Jugend, Familie und Soziales einen Jahresbericht vor. Sozialreferent Reiner Prölß gibt darin wieder einen Überblick über die Arbeit in seinem Referat. Die Publikation gliedert sich nach den zehn Leitlinien des „Orientierungsrahmens für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg“ und stellt exemplarisch Entwicklungen, Ereignisse und Strukturen in diesen kommunalen Handlungsfeldern dar. Der Bericht umfasst die Jahre 2010 und 2011. Meilensteine im Berichtszeitraum waren unter anderem der Ausbau der Ein-



richtungen zur Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern sowie die Neuausrichtung der städtischen Alten- und Pflegeheime. Beides wird auch künftig Schwerpunkt im Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales bleiben.

kaum Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt haben, als auch den top ausgebildeten Hochschulabsolventen, die sich zu oft in unbezahlten Praktika oder befristeten Jobs verdingen. Wirtschaft und Soziales dürften kein Gegensatz sein, meint Prölß, sondern müssten zusammenwirken, um Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. Dies sei Kernelement des Sozialstaats.

Die Einleitung von Reiner Prölß steht unter dem Titel „Wohlstand durch Gerechtigkeit: Der Sozialstaat bleibt das Zukunftsmodell“. Darin betont Prölß, dass die Gesellschaft ihren jungen Leuten oft zu wenig Chancen einräumt – sowohl den sogenannten „benachteiligten“ Ju-

Entlang der Leitlinien des Orientierungsrahmens fasst der Bericht in seinem Hauptteil Eckdaten zur Nürnberger Bevölkerung und zur sozialen Lage zusammen und beschreibt ausgewählte Arbeitsschwerpunkte und wichtige Ereignisse. In einem weiteren Teil werden Strukturen und Organisationseinheiten im Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales vorgestellt.

Der rund 150 Seiten starke Bericht kann im Internet unter http://www.nuernberg.de/imperia/md/sozialreferat/dokumente/jahresbericht/ref_v_b11_120418_fin_1_.pdf heruntergeladen werden. ■

Ortsverein Muggenhof zeigt die Rote Karte

VON MICHAEL ZIEGLER

Eigentlich macht das Ende der Wandererstraße einen ruhigen, fast idyllischen Eindruck: In einer Sackgasse liegen hier die Schule, ein Hort, Kindergarten und Wohnbebauung in seltener Eintracht beieinander. Eine großzügige Kehre ermöglicht das problemfreie Wenden.

Doch dieser positive Eindruck ändert sich kurz vor Schulbeginn schlagartig: Ein Auto nach dem anderen fährt vor die Schultore, parkt trotz des absoluten Halteverbots die Kehre zu oder versperrt die Zufahrt zu den Privatanwesen. Andere Autofahrer suchen oder verlassen die wenigen Parkplätze vor der Schule, rangieren auf der Straße, während die Schüler dazwischen schnell hinüberhetzen. Es herrscht das Chaos.

Das muss anders werden, meinen die Genossen aus Muggenhof. Deshalb zeigten sie einen Vormittag lang (ab 7 Uhr in der Frühe) den Falsch- und Zuparkern die rote Karte. Unterstützung erhielten sie auch von Jürgen Lutz vom Elternbeirat der Wanderschule. Ein Antrag im Verkehrsausschuss ist bereits gestellt. Kreative Lösungen sind gefragt. Auch deshalb, weil an die Schule



Rote Karten fürs Verkehrschaos in der Wandererstraße zeigen Michael Ziegler (links) und Stefanie Lurz vom Ortsverein und Jürgen Lutz vom Elternbeirat der Wanderschule.

weitere 50 Reihenhäuser gebaut werden. Und auch diese Familien werden Autos mitbringen und pro Haus wird es nur einen Stellplatz geben. Die Genossinnen und Genossen sind gespannt, was die Verwaltung zu dem Problem sagt. ■

„Für den Städtetourismus stehen die Wachstumschancen gut.“

Interview mit Frau Yvonne Coulin, seit 2010 städtische Verkehrsdirektorin in Nürnberg

■ Frau Coulin ist seit 1. Mai 2010 städtische Verkehrsdirektorin in Nürnberg und damit zuständig für die touristische Vermarktung Nürnbergs. Die Congress- und Tourismus-Zentrale Nürnberg, der sie als Geschäftsführerin vorsteht, ist für viele Menschen, aber insbesondere Touristen und Gästen der Stadt, ein wichtiger Anlaufpunkt.

dsp: Frau Coulin, wir konnten lesen Nürnberg hat 2011 erneut seine Übernachtungszahlen im Vergleich zum Vorjahr steigern können. Verraten Sie uns die aktuellen Zahlen?

Yvonne Coulin: Im Vergleich zum Vorjahr 2010 konnten wir ein Plus von 4,5 % bei den jährlichen Übernachtungszahlen verzeichnen. Über 2,5 Millionen Übernachtungen wurden 2011 gezählt. Auch in diesem Jahr haben wir schon Zuwächse im Vergleich zu 2011: Bis April 2012 zählten wir bereits über 780.000 Übernachtungen, das ist ein Plus von 7,7 %. Wir sind also guter Dinge.

dsp: Wo kommen unsere Gäste hauptsächlich her?

Yvonne Coulin: Der größte Teil unserer Gäste kommen aus Deutschland, rund 68 % waren es im Jahr 2011. Bei den ausländischen Gästen führen die USA die Top Ten an, gefolgt von den Italienern und danach folgen unsere Nachbarn aus Österreich. Aber auch Gäste aus Großbritannien und der Schweiz, Spanien, Frankreich und der Niederlande sind unter den ersten zehn. Neu etabliert haben sich 2011 auch Gäste aus China und Russland.

dsp: Was sind nach Ihrer Erfahrung die Hauptgründe für einen Besuch in der Stadt als Tourist?

Yvonne Coulin: Nürnberg hat eine Vielzahl an Sehenswürdigkeiten und attraktiven Veranstaltungen. Die Museumslandschaft ist vielfältig und einzigartig. Denken Sie nur an das Dokumentationszentrum

Reichsparteitagsgelände und das Memorium Nürnberger Prozesse, das weltweite Beachtung erhält. Das Gesamtgefüge von Architektur und Sehenswürdigkeiten wie der Kaiserburg, aber auch moderne Akzente, wie das Neue Museum machen die Attraktivität Nürnbergs aus und dies sind



die Hauptgründe, unsere Stadt zu besuchen.

Die Befragungen der Gäste in Nürnberg haben ergeben, dass unsere Besucher neben dem Kulturangebot gerade das vielfältige Shoppingangebot in Nürnberg schätzen und das Flair der Stadt und die Atmosphäre mögen.

dsp: Neben den Übernachtungsgästen haben wir ja auch noch eine Vielzahl von Tagestouristen. Ist da die Entwicklung auch erfreulich?

Yvonne Coulin: Die Analyse „Wirtschaftsfaktor Tourismus in der Stadt Nürnberg

2010“ zeigt auf, dass es in Nürnberg 35 Mio. Tagesbesucher pro Jahr gibt.

dsp: Für Nürnberg ist der Tourismus ein wichtiger Bereich. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen hat dieser Bereich auf den Nürnberger Einzelhandel?

Yvonne Coulin: In der gleichen Analyse wird dargestellt, dass neben dem Gastgewerbe auch der Einzelhandel extrem von den Touristen profitiert. Sowohl bei den übernachtenden Touristen als auch bei den Tagesgästen zeigt die Analyse, dass ein großer Anteil dieses Umsatzes im Einzelhandel erzielt wird.

dsp: So erfreulich die aktuellen Steigerungen beim Tourismus sind, so stellt sich uns auch die Frage: was ist noch möglich? Welche Zielmarke an Übernachtungs- und Tagesgästen haben Sie für Nürnberg z. B. für das Jahr 2020?

Yvonne Coulin: Dies zu prognostizieren ist schwierig, zumal der Tourismus gerade in Nürnberg, wie wir in der Weltwirtschaftskrisen 2009 gesehen haben, abhängig ist von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder anderen Entwicklungen, die das Reiseverhalten massiv beeinflussen können.

Für den Städtetourismus insgesamt stehen die Wachstumschancen gut. Unterstellt man Nürnberg einen durchschnittlichen Zuwachs von 3 % pro Jahr, dann ist die 3-Mio.-Marke bei den Übernachtungen eine Zielvorstellung.

dsp: Seit einigen Wochen läuft nun die Dürer-Ausstellung im GNM, was hat eine solche Ausstellung für Auswirkungen auf den Tourismus?

Yvonne Coulin: Die Dürer-Ausstellung und das große Medieninteresse haben natürlich eine gute Nachfrage und Interesse an und für Nürnberg geweckt. Die mit dem GNM und dem Kulturreferat abgestimmten Aktivitäten im Jahr der Kunst 2012 lenken zusätzlich das Interesse auf

Nürnberg. Gerade die Ausstellung und die konzeptionelle Einbindung der Stadt tragen dazu bei, dass Nürnberg als interessantes und attraktives Städtereiseziel wahrgenommen wird und das trägt auch über 2012 hinaus.

dsp: Was ist der größte Zuschauermagnet für den Tourismus in der Stadt?

Yvonne Coulin: Die Auswertung der NÜRNBERG CARD + FÜRTH, ein speziell für Touristen entwickeltes Angebot, zeigt, dass die Besichtigung der Kaiserburg auf Platz 1 steht, danach ist das Albrecht-Dürer-Haus auf Platz 2, Spielzeugmuseum und Doku-Zentrum folgen unmittelbar darauf. Das Memorium, das ja erst im Herbst 2011 eröffnet wurde, war 2011 bereits auf Platz acht der mit der NÜRNBERG CARD + FÜRTH besuchten Museen.

dsp: Würden Sie sagen, wir haben in Nürnberg genug Hotels oder macht es Sinn, dass neue Häuser dazu kommen?

Yvonne Coulin: Generell sind das Hotelangebot und auch das Preis-Leistungsverhältnis in Nürnberg zufriedenstellend. Eine Studie, die sich mit dem Kongress- und Veranstaltungsmarkt Nürnberg beschäftigte, hat ergeben, dass das Hotelangebot im mittleren Preissegment noch ausbaufähig ist. Außerdem hat die Befragung ergeben, dass sich die Veranstalter ein 4-Sterne-Hotel mit ca. 500 Zimmern direkt an der Messe wünschen.

dsp: In Nürnberg wurde mit Unterstützung des Stadtrates der Tourismusfonds eingeführt. Was verbirgt sich hinter diesem Begriff und ist dieser erfolgreich?

Yvonne Coulin: Der Tourismusfond ist ein positives Beispiel für Public Private Partnership und somit eine Kooperationsform von öffentlicher Verwaltung und privaten Wirtschaftsunternehmen. In unserem Fall wurde jeweils die Hälfte von der Stadt und von der Tourismuswirtschaft, hier zu großen Teilen durch die Hotel- und Gaststättenbranche, finanziert. Der Tourismusfond ist wesentlicher Bestandteil der Marketingstrategie der Congress- und Tourismus-Zentrale Nürnberg. Der intensive fachliche Austausch mit Vertretern der Nürnberger Tourismusbranche

ermöglicht es, neben dem finanziellen Budget zielgerichtet und strategisch den Tourismusstandort Nürnberg weiter zu entwickeln.

Gerade die Transparenz der Marketingmaßnahmen und die Einbindung aller Akteure sind deutschlandweit beachtet und tragen zu einer hohen Akzeptanz der Marketingmaßnahmen des Verkehrsverbands bei.

dsp: Was sind Ihre nächsten größeren Projekte für den Tourismus in Nürnberg?

Yvonne Coulin: Für das Jahr 2013 wird Wagner und das Thema Musik generell eine Rolle spielen und 2014 werden wir Kinder und Familie in den Fokus stellen.

dsp: Wie ist die Lage im Bereich der Kongresse in der Stadt?

Yvonne Coulin: Im Herbst 2011 ging NürnbergConvention an den Start. Die Kooperation zwischen der NürnbergMesse mit dem NürnbergConvention Center und der Congress- und Tourismus-Zentrale Nürnberg mit dem NürnbergConvention Bureau ist in dieser Form einzigartig und zukunftsweisend in Deutschland. Die Hauptaufgabe liegt in der Intensivierung des Tagungs- und Kongressgeschäftes in Nürnberg, mit dem Ziel, Nürnberg national und international als idealen Veranstaltungsort für Kongresse, Tagungen und Events zu vermarkten und so insgesamt mehr Veranstaltungsvolumen für die Stadt zu generieren.

Eine weitere Aufgabe ist, eine enge Kooperation mit Wissenschaft und Wirtschaft einzugehen, um perspektivisch mehr Kongresse und Tagungen nach Nürnberg zu holen und Veranstaltungskonzepte zu etablieren.

dsp: Wenn Sie in Ihrem Geschäftsbereich einen Wunsch frei hätten, was würden Sie sich wünschen?

Yvonne Coulin: Einen zentralen Online-Veranstaltungskalender für die Stadt, in dem alle Veranstaltungen aufgeführt sind und zentral koordiniert werden. Dann könnten wir gezielt auf die Vielfalt des Angebotes hinweisen und im Vorfeld eventuelle Terminüberschneidungen erkennen und gegensteuern.

dsp: Unsere letzte Frage ist an alle Interviewpartner immer die gleiche. Haben Sie einen Lieblingsplatz in Nürnberg, wo Sie gerne sind, wenn Sie sich entspannen oder erholen wollen?

Yvonne Coulin: Meine Lieblingsplätze sind oft Plätze am Wasser und wechseln je nach Jahreszeit und Wetter. Im Sommer, also zurzeit, liebe ich die Karlsbrücke in den Abendstunden.

dsp: Vielen herzlichen Dank für das Gespräch, weiterhin alles Gute und viel Erfolg bei Ihren Vorhaben. ■

Veranstaltung

Die Karl-Bröger-Gesellschaft lädt ein:

Reisen in die Gegenwart DAS BESONDERE IN 2012

Wir bieten Ausflüge zu Orten alternativer Energieversorgung, moderner Landwirtschaft, Renaturierung einer Kulturlandschaft, Kunst & Kultur

29. September Neue Landschaft Ronneburg und Gera:

2007 entstand auf dem Abraumgebiet des Uranbergbaus („Wismut“) die Neue Landschaft Ronneburg. Zur Bundesgartenschau wurde das Gebiet erstmals der Bevölkerung zugänglich gemacht. Nachmittags: Besuch des Otto-Dix-Hauses in Gera.

Sie sind hierzu herzlich eingeladen. Um **verbindliche** Anmeldung wird gebeten.

Den Unkostenbeitrag von 25,- € überweisen Sie bitte vor Reiseantritt auf unser Konto bei der Sparkasse Nürnberg, Konto 1256444 BLZ 76050101 mit dem Stichwort der Fahrt (Gera).

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte unserem Flyer auf www.karl-broeger-gesellschaft.de

Die Plakatkampagne der SPD Gostenhof: plakativ – pfiffig – packend

■ In einen Dialog mit den Bürgern eintreten – leichter gesagt als getan. Bereits vor einem Jahr kam die Idee auf, mit Themen, die uns wichtig sind, in einen Dialog mit der Bürgerschaft einzutreten. Die Wahrnehmung einer Stadtteil-SPD direkt vor Ort und auch außerhalb von Wahlkampfzeiten waren weitere Grundgedanken. Ebenso sollte die Art und Weise der Darstellung anders sein, als man es sonst so gewohnt ist von Parteien.

Viel Vorbereitung war nötig. Doch dank der Hilfe vieler aus dem Ortsverein und auch des Geschäftsführers der Nürnberger SPD sowie der Genossinnen und

Genossen der SPD Schwabach konnten wir am Schluss alles so wie wir es uns vorgestellt hatten umsetzen. An zwölf Standorten in Gostenhof und Kleinweidenmühle konnten die Themenplakate „Dschungel“ (Grün im öffentlichen Raum), „Spielplätz-

chen“ (Spielplätze) und „Verkehrt“ (Verkehr) zehn Tage lang bestaunt werden. Zu



den Plakaten begleitend wurden erklärende Texte erarbeitet. Diese konnten in der aktuellen, stets kostenlosen Ausgabe des SPD Kuriers für Gostenhof und Kleinweidenmühle bzw. auf der Internetseite des Ortsvereins und auf Facebook abgerufen

werden. Über den auf den Plakaten abgedruckten QR-Code gelangte man automatisch zu den Artikeln auf der Internetseite. So war gewährleistet, dass sowohl über die neueren Medien wie auch klassisch in einem Heft jeder die Möglichkeit hatte, sich zu informieren. Breit gestreut wollten wir die Menschen ansprechen und dort abholen, wo sie sind: vor Ort.

Auch jetzt noch ist alles über die Internet- und Facebook-Seite des Ortsvereins abrufbar. Gemäß dem Motto „sozial - demokratisch - vor Ort“, wie es auch auf den Plakaten stand, möchten wir Ansprechpartner für die Belange der Bürgerinnen und Bürger sein.

Veränderung konstruktiv begleiten und positive Neuerungen für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort anstoßen, das sind und bleiben die Leitmotive für unsere Arbeit als SPD in und für Gostenhof. ■

AfB wählt neuen Vorstand

VON WILLI KRONBERGER

■ Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung in Nürnberg hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 18. April 2012 einen neuen Vorstand gewählt. Als neuer Vorsitzender wurde Willi Kronberger ohne Gegenstimme gewählt. Er folgt auf Frank Meister, der bereits Anfang Januar aus privaten Gründen zurückgetreten war. Im Amt bestätigt wurde Dirke Müller als stellvertretende Vorsitzende. Als Beisitzer gehören dem neuen Vorstand an: Stadträtin Claudia Arabackyi, Henriette Bauer, Sieglinde Höhne, Vorsitzender der Mittelfranken-AfB Georg Reif, Norbert Schneider, Reiner Strobel. Die

AfB widmet sich besonders bildungspolitischen Themen auf kommunaler Ebene, aber auch Bildungsfragen der Landes- und



AfB Vorsitzender und Stellvertreterin: Willi Kronberger und Dirke Müller

Bundespolitik. Die AfB will kompetente Gesprächspartner(innen) auch außerhalb

der Partei für die SPD-Arbeit und Bildungsziele gewinnen. Deshalb setzt die AfB in ihrer Arbeit weiterhin auf die bewährte Bündnisarbeit mit weiteren Organisationen aus dem bildungspolitischen Bereich. Auch in der Landtagswahl 2013 wird das Thema „Bildung“ eine große Bedeutung haben, weshalb die Arbeitsgemeinschaft für Bildung umso wichtiger für die Erarbeitung und Umsetzung bildungspolitischer Fragen und Konzepte ist.

Interessierte sind herzlich eingeladen zum Mitmachen. Die Termine der AfB-Treffen und weitere Infos finden Sie unter <http://www.afb-nuernbergspd.de>. ■

Manuela Schwesig in Nürnberg

■ Gemeinsam mit Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Sozialreferent Reiner Pröbß und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Christian Vogel besuchte Manuela Schwesig, Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern das Nürnberger Familienzentrum Bleiweiß.

Vor Ort ließ sie sich über die Erziehungs- und Betreuungsarbeit sowie die Einbindung der Mütter und Väter in den täglichen Ablauf der beliebten Einrichtung unterrichten. Schwesig, die auch stell-

vertretende Vorsitzende der BundesSPD ist, lobte den strategischen Ansatz, das Familienzentrum für die Bewohner des Stadtteils zu öffnen. Eine Anerkennung,

die sowohl Reiner Pröbß als auch die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Claudia Arabackyj, besonders gerne vernahmen. ■



Bayern SPD hat Geburtstag: 120 Jahre im Dienst von Freiheit und Demokratie

■ Am 26. Juni jährte sich der Gründungstag des Landesverbandes der SPD in Bayern zum 120. Mal: Auf Initiative von Georg von Vollmar fand am 26. Juni 1892 in Reinhausen bei Regensburg der erste Landesparteitag statt. 120 Jahre später fand dazu wiederum in Regensburg ein Festakt als Gedenkveranstaltung statt.

In ihrer 120-jährigen Geschichte hat die weiß-blaue SPD die Entwicklung Bayerns zum modernen und demokratischen Freistaat wesentlich geprägt. Vieles, was uns heute selbstverständlich erscheint, wurde unter maßgeblicher Mitwirkung von Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen errungen: Demokratische Mitbestimmungsrechte, das Frauenwahlrecht, menschliche Arbeitsbedingungen oder auch der freie Zugang zu Bayerns Naturschönheiten. In Schicksalsstunden der bayerischen Geschichte trug die SPD

Regierungsverantwortung und kämpfte um Demokratie und Freiheit. Als profilierte Oppositionskraft streitet die Sozialdemokratie auch heute für gesellschaft-



Der designierte Spitzenkandidat und Münchner OB Christian Ude bei seiner Rede zur 120jahrfeier der BayernSPD.

liche Erneuerung. Da die bayerische Sozialdemokratie in Schicksalsstunden Verantwortung übernahm, prägte sie unser Land entscheidend: 1918, am Ende des Ersten Weltkriegs, wurde der Freistaat Bayern vom unabhängigen So-

zialdemokraten Kurt Eisner ausgerufen. Die erste demokratische Verfassung Bayerns entstand 1919 unter dem Einfluss des sozialdemokratischen Ministerpräsi-

denten Johannes Hoffmann. Nach dem Zweiten Weltkrieg wirkten bayerische Sozialdemokraten unter der Führung Wilhelm Hoegners maßgeblich am Wiederaufbau eines demokratischen Freistaats und der Gestaltung einer modernen Verfassung mit. In der Vierkoalition 1954 – 1957 trieb die SPD die Förderung von Wissenschaft und Bildung und den sozialen Wohnungsbau voran. Die Bayern SPD wurde stets ihrer Verantwortung gerecht. Das gilt bis heute, sie wird mehr denn je in unserem Land gebraucht.

Zu diesem Jubiläum wurde extra eine historische Gedenkseite errichtet: <http://120jahre.bayernspd.de/> ■

Der Fiskalpakt: Ein wichtiger Vertrag zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise

VON GÜNTER GLOSER

Die Staaten der Europäischen Union hatten sich 1992 dazu verpflichtet, ihre Schulden in Grenzen zu halten. Allerdings haben sich nicht alle daran gehalten, da im Fall eines Verstoßes fast keine Konsequenzen drohten. In Deutschland beträgt die Verschuldung pro Bundesbürger fast 26.000 €, in den Ländern, die als Währung den Euro verwenden, hat jeder Bürger umgerechnet 16.000 € Schulden und pro EU-Bürger sind es ungefähr 20.000 €. Diese Staatsverschuldung ist eine dramatische Belastung für kommende Generationen, weshalb ihr Abbau eine Pflicht für verantwortungsvolle Politik ist.

Der Fiskalvertrag soll für alle Unterzeichnerstaaten in der EU eine „Schuldenbremse“ einführen, deren Einhaltung jedoch – im Gegensatz zu den Regeln von 1992 – von der Europäischen Kommission überprüft werden wird. Hat ein Staat zu hohe Schulden, wird automatisch ein Verfahren eingeleitet, in dem die Kommission zunächst nur auf den Verstoß hinweist. Bei erneuten Verstößen kann die Kommission eine Überarbeitung des Haushaltes einfordern und auch Verbesserungsvorschläge machen, hat allerdings keine Möglichkeit, diese Vorschläge dem Bundestag gegenüber durchzusetzen. Bei andauernden Verstößen kommt es zu einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof, die in Sanktionen (wie z. B. Strafzahlungen) münden kann. Der Deutsche Bundestag hat den Fiskalvertrag am 29.06.2012 mit großer Mehrheit beschlossen. Da Deutschland schon 2009 eine eigene „Schuldenbremse“ in die Verfassung eingebaut hat, ist der Vertrag bereits in nationales Recht umgesetzt, weshalb weitere Gesetze bezüglich der Staatsverschuldung erst einmal nicht nötig sind. Zusammen mit dem Fiskalvertrag wurde der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) beschlossen. Diese Finanzinstitution wird von den Eurostaaten finanziert und soll den Unterzeichnerstaaten Kredite gewähren, falls sie mit Finanzproblemen zu kämpfen haben. Die Vergabe der Gelder ist an wirtschaftspolitische Auflagen gebunden, die von den

Staaten umgesetzt werden müssen, sodass ihre wirtschaftliche Stabilität wieder hergestellt wird. Ab 2013 können nur die Länder auf die Gelder aus dem ESM zugreifen, die auch den Fiskalvertrag unterzeichnet haben. Es braucht weit mehr als nur Sparmaßnahmen, um die sogenannte „Staatsschuldenkrise“ zu überwinden. Deshalb hat die SPD sich gegenüber der Bundesregierung durchgesetzt, zusätzlich in nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung zu investieren. Damit dazu nicht weitere Schulden aufgenommen werden müssen, sollen einerseits bisher ungenutzte Mittel der EU genutzt und ander-

erseits die Verursacher der Krise mit einer Finanztransaktionssteuer an den Kosten



Bildquelle: Marianne J. / pixelio.de

beteiligt werden. Dieser Punkt war für die SPD nicht verhandelbar. ■

Der Fiskalpakt und die Kommunen – Vereinbarung mit Chancen und Risiken

VON HARRY RIEDEL

An einem Punkt gibt es keinen Zweifel: Die Bewältigung der Staatsschuldenkrise macht eine verstärkte Haushaltsdisziplin für ganz Europa unabdingbar. Mit dieser Aussage, der jede Bürgerin und jeder Bürger zustimmen wird, beginnt das Papier zu den Eckpunkten zur deutschen Umsetzung des sog. Fiskal- sowie des Stabilitäts- und Wachstumspakts zwischen Ländern und dem Bund, das Ende Juni vereinbart wurde.

Diese Vereinbarung wurde auf Bestreben der SPD-geführten Bundesländer verabschiedet, die im Interesse der Kommunen in Deutschland wichtige Regelungen in Zusammenhang mit der Umsetzung des Fiskalpakts durchsetzen konnten. Denn so sehr die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Schuldenbegrenzung zustimmen wird, sind die real möglichen Auswirkungen in ihrer Dramatik für die öffentlichen Haushalte in Deutschland und Europa insgesamt noch nicht wirklich bekannt.

Historisch gesehen ist ja die Schuldenbremse die Mutter des Fiskalpaktes. Nach dieser hätte der Bund sich in konjunkturell „normalen“ Jahren ab 2016 nur noch mit 0,35 v. H. des Bruttoinlandsproduktes verschulden dürfen und die Länder ab 2020 gar nicht mehr. Die Kommunen waren dabei nur indirekt über die mögliche Kürzung von Zuweisungen und Zuschüssen durch Bund und Länder betroffen. Der europäische Fiskalpakt verstärkt das alles nunmehr, insbesondere für die Kommunen.

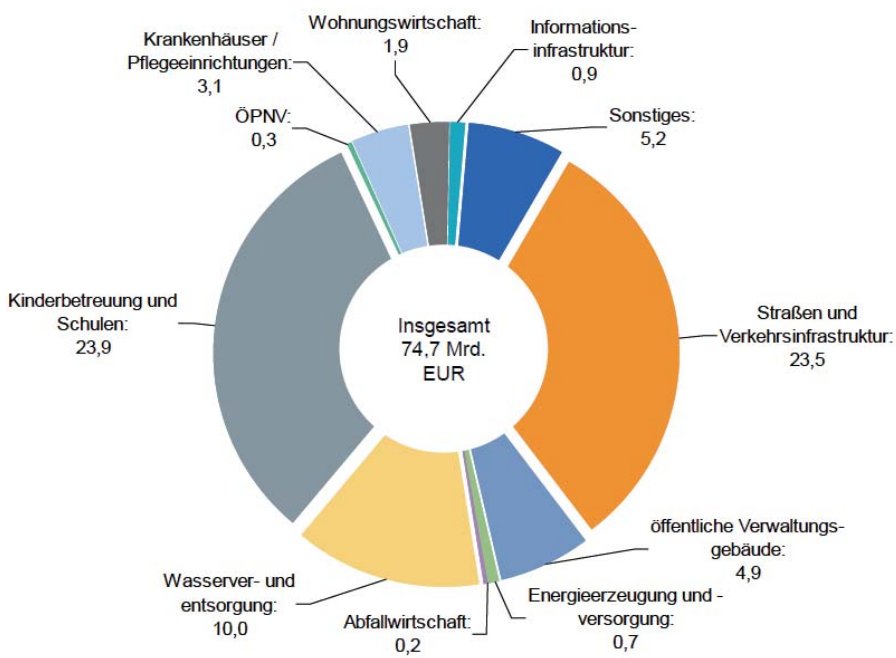
Bereits ab 2013 dürfen Bund, Länder, Kommunen und die Sozialversicherungen sich in normalen Jahren nur noch mit 0,5 v. H. des Bruttoinlandsproduktes neu verschulden. Wenn nun der Bund, dem noch die Sozialversicherungen zugerechnet werden, sich nur noch mit 0,35 v. H. verschulden darf, bleibt für Länder und Kommunen gemeinsam noch 0,15 v. H. des BIP als Defizitanteil. Insgesamt macht dies für alle zusammen eine erlaubte Neuverschuldung von 15 Mrd. €.

In 2012 lag diese aber eher beim Dreifachen, d. h. rund 45 Mrd. €. Trotz der aktuell noch sprudelnden Steuereinnahmen ist eine solche Reduzierung in einem Jahr nur mit großen Bremsspuren in den öffentlichen Haushalten hinzubekommen. Und genau darum ging es bei den Verhandlungen: Wie können es Kommunen wie Nürnberg schaffen, dies alles einzuhalten. Es wurden dabei einige Erfolge erzielt. Darunter der, dass der Bund die Strafzahlungen für etwaige Überschreitungen von Ländern und Kommunen bis 2020 übernimmt. Und dazu wurde dem Bund abgerungen, dass er die finanzielle Unterstützung für den Bau und Betrieb

um von Seiten der Kommunen den Fiskalpakt stemmen zu können.

Aber eines ist klar: eigentlich braucht es mehr, weil Kommunen wie Nürnberg es sich nicht leisten können, ihre Ausgaben und Investitionen so herunterzufahren, dass in jedem Jahr ein Haushalt ohne Verschuldung zusammenkommt. Immerhin müsste man im Durchschnitt der Jahre 70 Mio. € weniger ausgeben, um ohne Verschuldung auszukommen. 70 Mio. € sind alle städtischen Investitionsmittel in Kinderbetreuung, Schulen und ÖPNV zusammen. Und deswegen ist es richtig, dass die Sozialdemokratische Ge-

Investitionsrückstand der Kommunen Die Kommunen haben einen Investitionsbedarf von 75 Mrd. Euro



von Kinderkrippen und -tagesstätten mit einmalig 580 Mio. Euro Investitionsmittel und jährlich 75 Mio. Euro mehr Betriebsmitteln unterstützt.

Das ist wichtig auch für Nürnberg, um das Ziel der besseren Betreuung schneller zu erreichen. Daneben gibt es die Zusage, dass der Bund in der nächsten Periode einen Teil der Eingliederungshilfe für Behinderte übernimmt (ca. 4 Mrd.€) – eine uralte kommunale Forderung. Zwar kommt das Nürnberg nur indirekt zugute, weil der Bezirk Mittelfranken dafür zuständig ist, aber indirekt wird es auch den städtischen Haushalt um Millionen entlasten. Das alles ist ein Schritt,

meinschaft für Kommunalpolitik (SGK) als Bündnis der SPD-geführten Kommunen in Deutschland die Forderung nach einem „Investitions- und Entschuldungspakt für Kommunen“ erhoben hat.

Darin wird gefordert, zusätzlich ein jährliches 2-Mrd.-€-Investitionspaket für finanzschwache Kommunen zu schnüren und daneben 2,5 Mrd. € Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer für die Entschuldung von Kommunen mit Notlagen bereit zu stellen. Schuldenbegrenzung und die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen gehören zusammen, nur dann leben wir in den Kommunen nicht auf Kosten unserer Kinder. ■

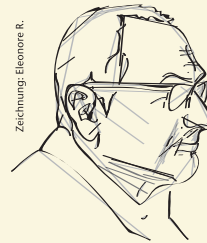
Die Kolumne

VON PETER SCHMITT

Im Kleinen groß und im Großen meist ziemlich klein. So ist Nürnberg, frei nach Hermann Glaser zitiert. Der zweite Teil des Satzes hat es in sich, er stimmt Gott sei Dank nicht immer. Der Wiederaufbau der Stadt nach den Zerstörungen des Weltkriegs gehört zweifelsohne auf die Positivliste. Gerade, weil er sich lange der Kritik des Historizismus stellen musste.

Nachfolgern des Wiederaufbaureferenten Heinz Schmeißner gelang es, punktuell Zeichen zu setzen für eine zeitgemäße Stadtarchitektur. Das ging ebenfalls nicht ohne Diskussionen ab. Man denke nur an den 2002 in die Frühpension geschickten kantigen, doch stets einfallsreichen Walter Anderle.

Seither jedoch herrscht Stille. So sehr, dass manche schon meinen, die Stadt habe längst auf das Amt eines Baureferenten verzichtet. Dem ist bisher nicht so. Es soll aber so kommen. Klar – warum soll man nicht tatsächlich abschaffen, was sich dem Anschein nach eh bereits als verzichtbar erwiesen hat?



Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Olaf Schreglmann
Redaktion: Christian Vogel, Dr. Christian Pröblich, dsp@spd-nuernberg.de
Redaktionsanschrift:
der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389650

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



Termine

11.08.12 10:00 Uhr
 SPD Steinbühl:
 OV Ausflug nach Ipsheim
 Anmeldung bis spätestens
 23.7.2012 bitte an Peter
 Wilhelm: Peter.wilhelm@
 nefkom.net

11.08.12 15:00 Uhr
 Sommerfest der SPD
 Almshof/Thon mit der
 Arbeiterwohlfahrt
 Biergarten des Schlosses
 Almshof, Almshofer
 Hauptstraße 51

11.08.12 15:00 Uhr
 SPD Buchenbühl:
 „Rote trinken Roten“
 Treffpunkt: Bickes Garten,
 Zum Steinbruch 37

14.08.12 18:00 Uhr
 SPD Gostenhof:
 Stadtteilspaziergang
 Stadtteilspaziergang zum
 Radweg in der Gosten-
 hofer Hauptstraße. Treff-
 punkt: vor der Plärrer-Apo-
 theke

14.08.12 19:30 Uhr
 SPD Gostenhof:
 Ferienstammtisch
 Lederer Kulturbrauerei,
 Sielstraße12

14.08.12 19:30 Uhr
 SPD Nordostbahnhof:
 Ferien-Stammtisch
 Ort wird noch bekannt
 gegeben

Es geht um Staatsversagen

Bayerischer Untersuchungsausschuss zur Neonazi-Mordserie

VON HELGA SCHMITT-BUSSINGER

■ Von September 2000 bis Juni 2005 sind in Nürnberg und München fünf ausländische Mitbürger durch brutale Mordanschläge ums Leben gekommen. Die Täter konnten nicht ermittelt werden.

Der Untersuchungsausschuss zur Neonazi-Mordserie im Bayerischen Landtag hat sich Anfang Juli konstituiert. Bis Mitte nächsten Jahres versuchen mein Kollege Franz Schindler und ich, zusammen mit Abgeordneten aus den anderen Fraktionen, das auch in Bayern festzustellende schwerwiegende Versagen der Sicherheitsbehörden aufzuarbeiten und möglicherweise notwendige Konsequenzen zu ziehen. Wir verlangen Antworten auf einen langen Fragenkatalog. Dieser enthält fast 200 konkrete Einzelfragen. Dabei wird es im Wesentlichen um Ermittlungsspannen, falsche Einschätzungen und die offenkundig mangelhafte Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz gehen; auch mögliches Fehlverhalten von Sicherheits- und Justizbehörden sowie von übergeordneten Behörden ist zu prüfen. Folgende Aspekte spielen dabei eine besondere Rolle:

■ Was wussten die bayerischen Sicherheitsbehörden und im Speziellen das Landesamt für Verfassungsschutz bereits vor dem ersten Mord vom Juni 2000 in Nürnberg über die mutmaßlichen Täter und ihre Unterstützer?

■ Was hätten sie wissen können und müssen und warum blieb der bayerische Verfassungsschutz trotz Hinweisen aus Thüringen und von anderen Stellen entweder passiv beobachtend und/oder hat eventuelle Erkenntnisse nicht an die zuständigen Polizeibehörden übermittelt?

■ Wie kam es trotz der Tatsache, dass bei allen Mordanschlägen in Bayern dieselbe Waffe benutzt worden ist, zu der folgenschweren Fehleinschätzung, dass die Täter im Bereich der organisierten Kriminalität zu suchen sind?

■ Warum wurden Hinweise auf einen möglichen politischen, nämlich rechtsextremistischen Hintergrund zunächst verdrängt und dann offensichtlich nur halbherzig verfolgt?

■ Warum war auch nach weiteren Anschlägen außerhalb Bayerns die Zusammenarbeit mit dem BKA nach heutiger Kenntnislage nicht einmal suboptimal und warum wurde die Übernahme der Ermittlungen durch das BKA angeblich als „Kriegserklärung“ gegenüber der bayerischen Polizei gewertet?

Nach der Aufarbeitung können wir mit den Ergebnissen auch die Grundsatzfragen beantworten, ob der Verfassungsschutz in dieser Form verzichtbar ist, aufgelöst oder anders organisiert werden muss. Schon jetzt müssen wir uns



Der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses, Franz Schindler und Helga Schmitt-Bussinger.

fragen, ob es noch eine Berechtigung für insgesamt 19 Geheimdienste mit 19 Präsidenten und insgesamt mehreren tausend Mitarbeitern in Deutschland gibt und wie die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes effektiver gestaltet werden kann.

Der Untersuchungsausschuss hat viel Arbeit vor sich und nur ein Jahr Zeit, um rechtzeitig vor Ende dieser Legislaturperiode einen hoffentlich von allen Fraktionen getragenen Abschlussbericht vorzulegen.

Da wir in einigen Stadtteilen Nürnbergs besonders mit Rechtsextremismus zu kämpfen haben und wir Sozialdemokraten uns gleichzeitig der historischen Verantwortung bewusst sind, werde ich mich im Untersuchungsausschuss für Aufklärung und Transparenz engagieren; darüber hinaus setze ich mich weiterhin gegen rechte Gewalt ein. Gerne informiere ich Euch auch in den Ortsvereinen über diese wichtige Arbeit im Untersuchungsausschuss und über die Bekämpfung rechter Gewalt in Bayern. ■

Miteinander statt gegeneinander!

Der sozialdemokratische Dialog der Generationen

VON YASEMIN YILMAZ

■ Auf den ersten Blick mag es befremdlich scheinen, dass ausgerechnet die Jusos, als Vertreter einer ganz spezifischen Altersgruppe, im dsp einen Appell an den sozialdemokratischen Gedanken des Dialoges der Generationen beisteuern. Doch gerade mit unserer thematischen Ausrichtung auf eine Altersgruppe gehören wir zu den Sozialdemokraten, die sich direkt wie auch indirekt regelmäßig mit dem Thema der Generationenbeziehungen beschäftigen.

Dennoch wird sich die interessierte Leserschaft an dieser Stelle sicherlich fragen: Weshalb bedarf es eigentlich eines Appells? Obgleich wir alle mit den verschiedenen Facetten der Generationenbeziehungen tagtäglich konfrontiert werden, assoziieren die meisten von uns Reizwörter wie „Alter“ und „Generation“ mit Inhalten des medialen Diskurses. Wir denken also beispielsweise an die sogenannte „demographische Falle“, von der wir doch allzu oft in den Zeitungen lesen können oder an Edutainmentformate wie „Der Aufstand der Alten“ – und das unabhängig von unseren tatsächlichen alltäglichen Erfahrungen.

In diesem allgegenwärtigen Diskurs wird die zentrale Figur des „Wir und die Anderen in Konkurrenz“ immer wieder beschworen. Dieser Gesellschaftsentwurf ist jedoch in keinster Weise sozialdemokratisch, schließlich liegt unserer Politik der Grundsatz einer solidarischen und pluralen Gesellschaft zugrunde. Deshalb ist es unsere Pflicht, dieses drängende Problem der Gesellschaft, den Generationenkonflikt, zu diskutieren und sozialdemokratische Antworten zu finden.

In den meisten Politikfeldern müssen jedoch noch nicht einmal grundsätzlich neue sozialdemokratische Positionen gefunden werden. Wir verfügen bereits über eine Vielzahl von Konzepten und Grundpositionen, auf die man sich besinnen kann und die auf aktuelle Probleme abgestimmt werden können. Ein Beispiel hierfür ist die Idee des „lebenslangen Lernens“, das

dem Alltagsmythos des nicht belastbaren älteren Menschen widerspricht. Hier werden Jung und Alt nicht obligatorisch in die Kategorien „jung und dynamisch“ versus „alt und unflexibel“ geschoben und so gegeneinander ausgespielt. Viel-



mehr gilt es, das Potential aller Menschen zu erkennen und in einem intergenerationalen Dialog zugänglich zu machen.

Ebenso sollten wir im Sinne eines sozialdemokratischen Gesellschaftsbildes, in dem Menschen verschiedener Lebenssituationen gemeinsam für ein gerechteres System eintreten, den prophezeiten demographischen Wandel nicht als Anlass für Umwälzungen im Feld der Sozialpolitik begreifen und ebenso wenig den Konkurrenzkampf zwischen den Generationen mit dem Drohbild des an den Kosten gescheiterten Sozialstaates befeuern. Unserem Grundsatz der solidarischen Gesellschaft folgend gilt es, den Generationenvertrag zu erhalten und zu einer wechselseitigen Beziehung auszubauen. ■

Vorabinformation

Nürnberger Ehrenamtspreis 2012

Auch 2012 verleiht die SPD Nürnberg wieder ihren Nürnberger Ehrenamtspreis. Gruppen, Organisationen oder Einzelpersonen, die sich durch herausragendes ehrenamtliches Engagement auszeichnen, können sich selbst bewerben oder vorgeschlagen werden. Weitere Infos gibt es im nächsten dsp.

Termine

14.08.12 19:30 Uhr

SPD Fischbach:

Mitgliedertreff

Im UG Gaststätte TSV Altfurt, Wohlaue Str. 16

16.08.12 19:30 Uhr

SPD Ziegelstein:

Ortsvereinsitzung

mit MdL Helga Schmitt-Bussinger zu aktuellen innenpolit. Themen (u.a. NSU-Morde), Gaststätte TUSPO Nürnberg, Herrnhüttestraße 75

21.08.12 14:00 Uhr

SPD Almoshof/Thon:

Nachmittagstreff

mit Kaffee und Kuchen von der Arbeiterwohlfahrt, Kulturladen Schloss Almoshof, Almoshofer Hauptstraße 51

27.08.12 18:30 Uhr

SPD Steinbühl: Sommerferien-Stammtisch

„Silberne Kanne“, Breitscheidstraße 15

31.08.12 19:30 Uhr

SPD Almoshof/Thon:

Eröffnung der Dorfkirchweih in Schnepfenreuth

Festzelt im nördlichen Bereich der Schnepfenreuther Hauptstraße

01.09.12 16:00 Uhr

SPD Neunhof: Grillfest

Schützenverein Edelweiß, Kreuzackerstr. 100

SPD Nürnberg - Karl-Bröger-Straße 9 - 90459 Nürnberg

Termine

03.09.12 19:30 Uhr
SPD Hasenbuck:
Rote Runde
Gasthof Süd, Ingolstädter
Str. 51

04.09.12 19:00 Uhr
SPD Gibitzenhof:
Aktiven-Treff
Biergarten KGV,
Wacholderweg 11

04.09.12 19:30 Uhr
SPD Laufamholz:
Mitgliedertreffen
Sportheim Laufamholz,
Schupferstrasse 81

04.09.12 19:30 Uhr
SPD Reichelsdorf:
Mitgliederversammlung
SVR Sportgaststätte,
Schlößleinsgasse 9

04.09.12 20:00 Uhr
SPD Großgründlach:
Mitgliederversammlung
SFG-Sportheim, Würzbur-
ger Str. 61

Berichtigung

10.08.12 - 18.00 Uhr
Eröffnung der Langwas-
ser-Kärwa mit dem Fass-
anstich durch OB Maly.

12.08.12
Infostand zum Ferdi-
nand-Drexler-Preis

Die Reihe im dsp: Nürnberger SPD-Persönlichkeiten

Lorenz Hagen (1885 – 1965)

■ Lorenz Hagen wurde in einer kinderreichen Familie in Amberg geboren. Er machte eine Lehre als Schlosser und ging dann auf Wanderschaft. Schließlich fand er 1904 Arbeit in Nürnberg bei den Herkules-Werken. 1908 trat er der SPD bei und wurde auch Gewerkschaftsmitglied. Nach einem Streik 1909 wurde er entlassen und fand erst 13 Monate später wieder Arbeit bei den Siemens-Schuckert-Werken, wo er 1920 zum Betriebsrat und zu dessen Vorsitzendem gewählt wurde.

Überzeugt von seiner Arbeit wählte man ihn schließlich 1928 zum geschäftsführenden Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 1933 wurde er entlassen, fand auf Anordnung der Gestapo keine Arbeit mehr und wurde mehrmals in Schutzhaft genommen. Schließlich kam er im Januar 1938 ins KZ Dachau und war dort schweren Misshandlungen ausgesetzt. Seine Frau Thea war von Januar bis Dezember 1938 gleichzeitig im KZ Lichtenberg. Ein Jahr später kam er ins KZ Buchenwald. Im

Juli 1940 wurde er entlassen und schlug sich mit Heimarbeit durch, bis er im August 1944 in Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler nochmals für ein Monat nach Dachau kam.

Nach dem Krieg kümmerte er sich, gemeinsam mit Josef Simon, Jean Inselsberger und Hans Wagner, um den Wiederaufbau der Gewerkschaft und sie beantragten im Juli 1945 bei der Militärregierung in der Krelingstraße die formale Wiedenzulassung, die ihnen nach einem Besprechungs-marathon zugesagt wurde. Er wurde Vorsitzender der Gewerkschaft in Nürnberg und ab 1947 für ganz Bayern. Nach Gründung des DGB im Oktober 1949 in München wurde er bis zu seiner Pensionierung 1955 Vorsitzender des Landesverbandes Bayern. Die SPD entsandte ihn 1946 in die „Verfassungsgebende Landesversammlung“ für Bayern und dann von 1946 bis 1954 in den Landtag. Er bekam den Großen Verdienstorden der Bundesrepublik und den Bayerischen Verdienstorden. Er verstarb am 23. Juli 1965 in München. ■

Verteilaktion

Die AG 60plus verteilte gemeinsam mit fleißigen Jusos und Mandatsträgern und Mandatsträgerinnen am Hauptbahnhof SPD-Material und eine Brotzeit an Teilnehmer(innen) der Seniorenfahrt der Stadt Nürnberg zum Chiemsee.



der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang September 2012!